

21.03.2017  
Sperrfrist: keine

## **Gemeinsames Handeln im Portalverbund**

### **Vitako-Stellungnahme zum Onlinezugangsgesetz**

*Berlin, 21. März 2017.* Vitako – die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister – begrüßt in einer Stellungnahme zum „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ (OZG) die Absicht der Bundesregierung, das Onlineangebot für elektronische Verwaltungsleistungen weiter auszubauen und dafür die Portale von Bund und Ländern elektronisch zu verknüpfen. Gleichzeitig machte Vitako auf die vielen bestehenden kommunalen Lösungen und auf die stark vernetzten IT-Infrastrukturen im kommunalen Raum aufmerksam. Interoperabilität statt Zentralisierung muss der Leitgedanke beim OZG sein.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion auf der Computermesse CeBIT am gestrigen Montag, bei der die Frage „Braucht Deutschland einen Portalverbund?“ diskutiert wurde, unterstrich Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch die Bedeutung des kommunalen Sektors für den Portalverbund und forderte mehr Beteiligung bei der Ausgestaltung des Gesetzes und der anschließenden Umsetzung. „Wenn wir über konkrete Architekturmodelle sprechen, kann Vitako einen wertvollen Beitrag leisten. Dazu muss es nur einen Wettbewerb um die besten Lösungen geben. Hier sehen wir noch gewisse Differenzen mit den Vorstellungen, die der Bund im OZG geäußert hat.“

Vitako schlägt aus diesem Grund vor, den Portalverbund „als interoperable und intelligent vernetzte technische Verknüpfung der Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen“ zu definieren, „über die ein Zugang zu elektronischen Verwaltungsleistungen aller föderalen Ebenen angeboten wird“. Mit Verweis auf die bestehenden elektronischen Verwaltungsangebote in Ländern und Kommunen macht Vitako abermals auf die unkalkulierbaren zusätzlichen Kosten aufmerksam, die durch verpflichtende IT-Komponenten für Länder und Kommunen entstehen würden. Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft hält es für sinnvoll und notwendig, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern und damit auch mit den Kommunen einvernehmlich im IT-Planungsrat über die notwendigen IT-Komponenten entscheidet.

„Verwaltungsebenen übergreifendes E-Government in Deutschland wird nur dann gelingen, wenn heute bereits vorhandene Portalstrukturen miteinander verknüpft werden“, erklärt Ralf Resch. „Dafür müssen aber gemeinsame Standards für Prozesse sowie Querschnitts- und Basisdienste wie Authentifizierung oder elektronische Bezahlmöglichkeiten entwickelt werden. Wir bieten hierfür ausdrücklich unsere Expertise und Mitarbeit an.“

# PRESSEINFORMATION



21.03.2017  
Sperrfrist: keine

Zur Vitako-Stellungnahme: [www.vitako.de/SitePages/Positionen.aspx?item=201](http://www.vitako.de/SitePages/Positionen.aspx?item=201)

Vitako ist die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. 55 Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen mit über 12.000 Beschäftigten bündeln in Vitako ihr Know-how und stellen es den Kommunen zur Verfügung. Vitako bietet Erfahrungsaustausch und Networking in über 15 Arbeitsgruppen, regelmäßige Informationsveranstaltungen, aktuelle Informationen zu Fachthemen, Empfehlungen und Stellungnahmen für Mitglieder, die Fachöffentlichkeit und politische Entscheidungsträger. Der Verein berät und unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in zahlreichen Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik. Insgesamt betreuen die Mitgliedsunternehmen knapp 590.000 IT-Arbeitsplätze in mehr als 10.000 Kommunen und generieren einen jährlichen Umsatz von 2,17 Milliarden Euro.